

E I N L A D U N G

zur 5. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität der Stadt Gummersbach am Montag, dem 14.11.2022, 18:00 Uhr, im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

T a g e s o r d n u n g

A. Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Sachstand Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften
Vorlage: 05012/2022
3. Neuauflage Billigkeitsrichtlinie
Vorlage: 05007/2022
4. Sachstand Klimakampagne
Vorlage: 05008/2022
- 4.1. Information über Energieberatung
Vorlage: 05009/2022
5. Sachstand Entsiegelungsmaßnahmen
Vorlage: 05010/2022
6. Umsetzung des Radverkehrskonzeptes (Einbahnstraßen) - ohne Vorlage
7. Mitteilungen

B. Nicht öffentlicher Teil:

8. Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW
Auftragsvergabe
Fahrrad-Leasing für Bedienstete der Stadt Gummersbach im Rahmen der
Entgeltumwandlung
Vorlage: 04968/2022

9. Auftragsvergabe
Machbarkeitsstudie für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften
Vorlage: 05015/2022
10. Mitteilungen über die Vergabe von Aufträgen im Bereich von 25.000 EUR bis 100.000 EUR
11. Mitteilungen

Gummersbach, den 07.11.2022

gez.

Dirk Helmenstein
Vorsitzender

Falls Sie verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, informieren Sie bitte Ihre(n) Stellvertreter/-in sowie den Fachbereich 8 - Bauverwaltung und Umweltschutz, Tel. 0 22 61 / 87 23 29. Eine Parkkarte für die Ausfahrt aus dem Parkhaus finden Sie zu Sitzungsbeginn auf Ihrem Platz.

Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität:

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

Vorsitzender: Stv. Dirk Helmenstein

1. Stellvertreter: Stv. Uwe Dick

2. Stellvertreterin: Stv. Anne Walk

CDU

Stv. Volker Kranenberg

Stv. Ute Fritz-Schäfer

stv. BM. Jürgen Marquardt

AM. Daniel Reichenbach

1. Stv. Jörg Jansen

2. Stv. Bastian Frölich

3. Stv. Björn Rose

4. AM. Felix Schulmeister

5. Stv. Christine Stamm

6. Stv. Claudia Stevenson

7. Stv. Rainer Sülzer

SPD

Stv. Oliver Kolken

Stv. Elisabeth Raupach

AM. Frank Lichtmann

1. Stv. Uwe Schieder

2. AM. Christian Weiss

3. Stv. Marion Fuhr

4. Stv. Benjamin Stamm

5. AM Sven Falk

Grüne

Stv. Joachim Scholz

Stv. Andreas Dißmann

1. AM. Christian Teichelmann

2. AM. Christine Scharlipp

3. AM. Erika Hoferichter

4. Stv. Hartwig Steinmetz

AfD

Stv. Susanne Valentin

1. AM. Fabian Sturm

2. N.N.

FDP

AM. Axel Friedrichsen

1. AM. Tim Muñoz Andres

2. AM. Ulrich Priesmeier

LINKE

Stv. Tom Peetz

1. AM. Stefan Czerny

2. AM. Dirk Johanns

Sachkundige Einwohner

AM. Cengiz Polat

1. AM. Waldemar Leinweber

2. AM. Claudia Amcha

Sachstand Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften**Beratungsfolge:**

| Datum | Gremium |
|--------------|---|
| 14.11.2022 | Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität |

Sachverhalt:

Wie bereits in der Ausschusssitzung am 16.11.2021 berichtet, beabsichtigt die Verwaltung, Photovoltaikanlagen zur nachhaltigen Stromerzeugung auf städtischen Liegenschaften zu erweitern oder neu zu errichten. Dazu sollen in einem ersten Schritt Machbarkeitsuntersuchungen für 14 Liegenschaften durch ein externes Beratungsunternehmen erarbeitet werden. Diese bilden anschließend die Grundlage für das weitere Vorgehen. Bei den Liegenschaften handelt es sich um folgende: Grundschulen Becke, Steinenbrück, Körnerstraße, Bernberg, Hülsenbusch, Niedersessmar und Dieringhausen, Kindergarten Lantenbach, Realschule Steinberg, Lindengymnasium (Gebäude Grotenbach), Gesamtschule Derschlag, Eugen-Haas-Halle, Jugend- und Altenzentrum Bernberg und Feuerwache Gummersbach.

Für die Erstellung der Untersuchungen wurde auf Grundlage einer Kostenschätzung von insgesamt 196.588 Euro in einer Vergabe mehrere Angebote eingeholt und der Auftrag wird in Kürze erteilt. Die Maßnahme wird seitens des Landes NRW mit 90 % gefördert. Der Durchführungszeitraum läuft bis zum 31.05.2023. Die Verwaltung erläutert den Sachstand im Detail.

Neuaufgabe Billigkeitsrichtlinie**Beratungsfolge:**

| Datum | Gremium |
|--------------|---|
| 14.11.2022 | Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität |

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt diese, die Mittel der Billigkeitsrichtlinie wie erläutert zu verwenden.

Begründung:

Um die aufgrund der Corona-Pandemie ausgebliebenen Klimaschutzinvestitionen auszugleichen, hat das Land NRW im letzten Jahr die sogenannte Billigkeitsrichtlinie erlassen. Dabei handelt es sich um Kompensationsleistungen von etwa 40 Mio. Euro, die mittels eines Verteilschlüssels den Kommunen und Kreisen zur Verfügung gestellt werden. Der Stadt Gummersbach standen fast 100.000 Euro zur Verfügung, welche vollständig für die Durchführung der Klimakampagne abgerufen wurden.

Die Billigkeitsrichtlinie wurde im September mit den gleichen Mitteln neu ausgestattet, sodass der Stadt Gummersbach erneut fast 100.000 Euro für ausgebliebene Klimaschutzinvestitionen zur Verfügung stehen. Der Durchführungszeitraum für die Maßnahmen geht bis zum 30.06.2023 und die Antragsfrist ist der 30.11.2022. Eine Weiterleitung der Mittel an kommunale Unternehmen ist möglich.

Die Verwaltung schlägt vor, die Mittel für die Errichtung und/oder die Erweiterung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften zu verwenden. Gegebenenfalls beinhaltet dies auch die Installation von Batteriespeichern. Es wird noch geprüft, ob eine Kombination der Mittel aus der Billigkeitsrichtlinie mit einer weiteren Förderung möglich ist.

Durch die nachhaltige Stromerzeugung mittels der Photovoltaikanlagen können sowohl die kommunalen Treibhausgasemissionen als auch die Energiekosten effektiv reduziert und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringert werden.

Sachstand Klimakampagne**Beratungsfolge:**

| Datum | Gremium |
|--------------|---|
| 14.11.2022 | Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität |

Sachverhalt:

Die Klimakampagne, welche Menschen in Gummersbach adressiert, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, läuft nunmehr seit fast einem halben Jahr. Seitdem wurden bereits mehrere Kampagnenbausteine durchgeführt und größtenteils abgeschlossen. Hierzu zählen die Photovoltaik-, Begrünungs-, Mobilitäts- und Sanierungskampagne.

Die Verwaltung berichtet über die Durchführung sowie den Erfolg der Kampagne und skizziert die nächsten Schritte bis zum Abschluss dieser.

Information über Energieberatung**Beratungsfolge:**

| Datum | Gremium |
|--------------|---|
| 14.11.2022 | Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität |

Sachverhalt:

Die Verbraucherzentrale NRW bietet landesweit Stützpunkte für (Energie-)Beratungen an. Die Durchführung der Klimakampagne hat den Anstoß gegeben, dass die Verwaltung auf die Verbraucherzentrale zugegangen ist, um die Einrichtung eines neuen Stützpunktes in Gummersbach zu eruieren.

In der Vergangenheit existierte einmal eine Energieberatung im Gummersbacher Rathaus. Aufgrund mangelnder Nachfrage wurde dieses Angebot eingestellt. Die Situation auf dem Energiemarkt hat sich inzwischen drastisch geändert, sodass ein erhöhter Beratungsbedarf entstanden ist.

Seit Oktober befindet sich demnach ein Beratungsstützpunkt der Verbraucherzentrale rund um das Thema Energie im Rathaus. Die Verwaltung erläutert die Details.

Sachstand Entsiegelungsmaßnahmen**Beratungsfolge:**

| Datum | Gremium |
|--------------|---|
| 14.11.2022 | Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität |

Sachverhalt:

Wie bereits in der Ausschusssitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität am 16.11.2021 berichtet, hat die Verwaltung im Rahmen des Förderprogramms „REACT-EU: Steigerung der Klimaresilienz auf kommunaler und regionaler Ebene“ zwei Anträge gestellt und inzwischen bewilligt bekommen. Gefördert werden verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit gegen Klimaveränderungen und Klimaschwankungen. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise die Errichtung von Retentionsflächen, Fassaden- und Dachbegrünung und Entsiegelungsmaßnahmen.

Die Stadt Gummersbach beabsichtigt in diesem Rahmen vier Wendeschleifen im Gewerbegebiet Windhagen sowie den südlichen Eingang der Fußgängerzone in der Innenstadt zu entsiegeln. Die Baukosten beider Maßnahmen belaufen sich auf rund 220.000 €, welche zu 100 % gefördert werden.

Die Verwaltung wird in der Sitzung die aktuelle Planung sowie die Zeitschiene darstellen.